

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg., ausschließlich Postgebühren.

**Redaktion:** Tauscher Str. 10/21.  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 13693.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Inserate** werden die Gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Str. 10/21. Telephon 2721. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Tageskalender.

Wegen angeblicher Verleibung der Leipziger Justiz wurde der Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genosse Perre, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

In dem Verleibungsprozeß des Liman gegen die Redakteure der Leipziger Volkszeitung wurde Genosse Dr. Mehring zu zwei Wochen, Genosse Seger zu 25 Tagen und Genosse Krefin zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der Reichstag wurde mit einer Thronrede Wilhelms II. eröffnet.

Der „Lange Mäiler“ hat der Kandidatur im Wahlkreis Mühlhausen-Rangenausatz entsagt.

## Die neue Erfahrung.

Leipzig, 19. Februar.

I.

Am Tage nach der Hauptwahl wurde an dieser Stelle geschrieben, daß ein so starker Mandatsverlust, wie wir am 25. Januar erlitten haben, für jede bürgerliche Partei eine schwere Niederlage, für uns aber nur eine neue Erfahrung bedeute. Nun kann man über die Frage, ob wir eine Niederlage erlitten haben, ein müßiger Wortstreit stattfinden; fragt man jedoch die meisten unserer Genossen, ob unsere Partei nach ihrem Dazuführen seit 1903 schwächer oder stärker geworden sei, so werden wohl die meisten mit kräftiger Ueberzeugung die letzte Ansicht vertreten. Darin liegt der Unterschied zwischen der letzten Wahlschlacht und den früheren tatsächlichen Niederlagen; aus ihnen ging die Arbeiterklasse zwar erfahrener, aber zugleich schwächer hervor, als sie zuvor war. Nach der Pariser Kommune z. B. war sie an Anzahl dezimiert, ihrer Führer beraubt, kraftlos, ohne Organisation, und fast ein Jahrzehnt war nötig, bevor ein neues Leben sich zu regen anfing. Nach dem holländischen Eisenbahnerstreik im Jahre 1903, um ein neueres, kleineres Beispiel zu nehmen, waren die Organisationen größtenteils zerschmettert, die besten Vorkämpfer dauernd ausgesperrt, zahllose Anhänger waren ganz entmutigt und man brachte Jahre der angestrengtesten Arbeit, ehe die Gewerkschaften sich von diesem Schläge erholt hatten. Wie ganz anders sieht es jetzt nach diesem Wahlkampfe aus! Die Organisationen ungeschwächt, eher gestärkt, unser Leserkreis vergrößert,

nirgends eine Spur der Entmutigung, sobald man sich nur über die erste Enttäuschung hinweggesetzt hatte.

Für die, denen die Parlamentsmandate das Ziel der Arbeiterbewegung sind, denen die Macht des Proletariats in der Anzahl der gewonnenen Mandate besteht, ist eine wirkliche Niederlage, eine Schwächung unserer Macht eingetreten. Diese Auffassung betrachtet unsere Partei ähnlich wie andre Parteien, und vergißt den grundlegenden Unterschied, daß für die Bourgeoisie, also für die bürgerlichen Parteien das Parlament das Werkzeug ist, durch das sie tatsächlich herrscht, während es für uns nur eins der wichtigsten Hilfsmittel ist, um zur Herrschaft zu kommen. Deshalb ist für sie, wenigstens in rein parlamentarisch regierten Ländern, die Macht jeder ihrer Interessengruppen durch die Mandatszahl der ihr entsprechenden Partei gegeben; während für uns eine kleinere Fraktion sehr gut mit einer größeren wirklichen Macht zusammengehen kann. Die gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse liegt in ihren Organisationen, ihrem Zusammenschluß, in ihrem Wissen und ihrem Klassenbewußtsein, in ihrer Einheit und ihrer Klarheit über den einzuschlagenden Weg, und, als ökonomische Grundlage dazu, in der wichtigen, unerföhligen Rolle, welche die Arbeiterklasse im jetzigen Produktionsprozeß spielt. Das letzte liegt außerhalb unsres Einflusses, doch gewiß sind wir in dieser Hinsicht nicht zurückgegangen. Uebrigens zeigt das ganze Leben der Partei seit 1903 einen bedeutenden Fortschritt. Die inneren Differenzen, die seit 1898 in dem Denken und Fühlen weiter Parteikreise eine gewisse Unsicherheit hervorriefen, fanden ihren Abschluß; die Masse der Partei würde sich klar über den weiterhin einzuschlagenden Weg und ging mit Eifer daran, die Organisationen auszubauen und unsrer Presse neue Momente zuzuführen. Die Parteigeschichte der letzten Jahre zeigte uns einen Aufschwung an Kampfeslust, an Einsicht, an Wissensdrang, an Mitkämpferzahl, an Einheitlichkeit, die alle zusammen eine bedeutende Machtvergrößerung bedeuten.

Gerade diese Machtvergrößerung gehörte zu den Ursachen unsres Mandatsverlustes. Die unmittelbare Ursache dafür, daß wir trotz gesteigener Stimmzahl soviel Mandate verloren, besteht in dem größeren Aufgebote der bürgerlichen Wähler und in dem festen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien, die beide durch die gestiegene Furcht vor der Sozialdemokratie mit veranlaßt wurden. Der unerwartet große Sieg im Jahre 1903 hatte die Werbestraft unsrer Partei in weiten Kreisen gezeigt; aber der Schrecken über ihn wurde vorläufig noch zurückgedrängt durch die Hoffnung, daß wir uns den Ansichten dieser Kreise nach und nach anpassen würden. Als diese

Hoffnung sich als eitel herausgestellt hatte, und umgekehrt unsre Partei überall daran ging, die neuen Anhänger uns fester anzugliedern und sie in revolutionärem Sinne aufzuklären, da mußte das Bürgertum sich zu einer gewaltigen Anstrengung getrieben fühlen, uns diese Massen zu entreißen und seine ganze eigene Anhängerschaft ins Feld zu führen. So wird es noch wohl öfter gehen; bedeutende Fortschritte unsererseits werden die besitzende Klasse jedesmal zu einer äußersten Anstrengung, zu dem Ausbieten ihrer letzten Nachtmittel veranlassen, und so kann, so widerspruchsvoll es klingen mag, gerade unsre gestiegene Kraft durch die Angst, die sie einflößt, für uns zu der Ursache einer Niederlage werden.

Das auffallende an diesem Wahlausfall war nicht in erster Linie unser bedeutender Mandatsverlust, sondern der Gegensatz, worin er zu unsern Hoffnungen stand. Bei den Anfängen der Wahlkampagne hofften wir, einen bedeutenden Gewinn davonzutragen, weil wir die ganze Situation für uns günstig hielten. Sinterher zeigte sich, daß die Lage für uns in vielen Hinsichten eine ungünstige war, und gar nicht zu solchen Hoffnungen berechtigt. Der Grund dazu erscheint uns in der Ueberföhlung der politischen Faktoren und der Unterschätzung des wirtschaftlichen Moments zu liegen. Die politischen Faktoren waren uns günstig; die volksfeindlichen Laten der gegnerischen Parteien in der verfloffenen Legislaturperiode, die durch den Bollwucher bewirkte allgemeine Keuerung, der Wahnsinn der deutschen Kolonialpolitik und die Lächerlichkeit des Streitfalls, der die Reichstagsauflösung bewirkte, alles das schien uns zu günstigen Hoffnungen zu berechtigen. Aber stärker als diese haben sich die hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen Faktoren erwiesen; und in diesem Sinne bildet der verfloffene Wahlkampf geradezu ein Musterbeispiel für die Wichtigkeit des historischen Materialismus.

Das gilt zu allererst für die Kolonialpolitik. Nach der äußeren Form der politischen Ereignisse betrachtet, sollte man glauben, daß unsre Haltung ihr gegenüber uns die Zustimmung sogar weiter bürgerlicher Kreise eintragen mußte. Bis jetzt hat sie dem Deutschen Reich nur finanzielle Opfer, Blamagen, internationale Gefahren und grausame Ausrottungskriege gebracht, ohne irgendeinen sachlichen oder geistigen Gewinn. Es waren eben nur die schlechtesten Stücke der Erde übrig geblieben, als Deutschland zu kolonisieren anfing, Wüsten und Steppen, die nur durch sehr extensive, primitive Kultur einer geringen Menschenzahl Lebensunterhalt gewähren konnten, oder erst auf die Dauer, durch Anwendung von sehr vielen Kapitalien, für Rohstoffherzeugung ins Gewicht fallen konnten. Die Dernburgschen Kalkulation ähnelten

## Seuilleton.

### Hans im Glück.

Roman von Henrik Pontoppidan.

Aus dem Dänischen übersetzt von Mathilde Mann.

119] Nachdruck verboten.

XIX.

In einer der üppigsten Niederungen des östlichen Jütlands lag ein Herrenhaus; mit seinen braunroten Mauern und den breit aufsteigenden Treppengiebeln erinnerte es an ein Kloster. Das war Naersholm. Es lag hart am Rande eines flachen Wiesengrundes, der sich gleich einem mächtigen, grünen Fluß mit fels- und waldbekleideten Hügelzügen zu beiden Seiten durch das Land zog.

Witten zwischen der Wiese floß ein träger Bach — die kümmerlichen Ueberreste des stolzen Wasserspiegels, der einst den fast meilenbreiten Talboden bedeckt hatte. Wenn man an der Wiese entlang ging und sich nicht gerade am Ufer befand, konnte man den Bach gar nicht sehen. Man sah nichts als diese unendliche Fläche glänzenden Grüns, stieß nur hier und da auf einen Graben oder eine Rinne mit ein wenig stillstehendem Wasser. Da war es denn höchst eigentümlich, an die frischen Wellenmassen zu denken, die in entscheidenden Tagen zwischen diesen friedlichen Höhenzügen dahinspätzerten. Hier, wo sich keine braune und graue Singvögel schüchtern aus dem Wäldchen aufschwangen, hatten einst große Seemöwen auf ihren silbernen schimmernden Schwingen ihre Kreise beschreiben. Hier, wo jetzt Erdarbeiter und Tagelöhner lagen und andächtig an ihrem schmaltzbestrichenen Brot kauten, hatten sich einst kampfesdrunkene Seeräuber von ihren Blutbespritzten Schiffen aus Band geschwungen und unter allerlei Lustbarkeiten die heimgeführten Schätze auf ihre Hüfte getragen.

Da droben auf den Hügelzügen, wo sich jetzt Lichte und freundliche Gehölze über den Kornfeldern erhoben,

brüteten damals die finsternen Massen der Hochwälder, von denen das Geheul der Wölfe in die mondhellsten Frostnächte hinausschallte. Noch lange nachdem sich das Land gehoben hatte und der ehemalige Meeresgrund unter den Händen fleißiger Bauern fruchttragend geworden war, blieb der Wald eine Zufluchtsstätte für den unerschrockenen Muth und die kühne Tat. Von hier aus gellte das Jagdhorn der hohen Herren, wenn sie mit dem Tod auf dem Sattelhorn dahinsprengten und ihre blutigen Spuren durch das Dickicht zogen. Hier fand auch der Sturm seine ganze Sprache wieder — ein tausendstimmiges Brausen, aus dem man einen gespensterhaften Nachklang der tiefen Orgeltöne des Meeres heraushörte, die einst das Gemüt der Menschen mit der großen Feierlichkeit des Granens angefüllt hatten.

Nach und nach dränzte aber der ernährte Ackerboden auch den Wald zurück. Eine Schar waffenloser Fremdlinge siedelte sich hier an und pflanzte einen Garten, um in der Einsamkeit von den Früchten der Erde zu leben. Auf einem Wege, den Kreuze und Heiligenbilder bezeichneten, waren sie von weit her aus dem Süden in langen Kutteln und mit Sandalen unter den nackten Füßen dahergezogen — und bald läutete die erste Betelocke ihr „Friede auf Erden“ über das alte Land der Wikinger. Und die Jahre gingen dahin. Von allen Seiten hieb die unblutige Art in die Finsternis des Waldes ein, wo die Krähen schon aus den verlassenem Nistplätzen der Adler krächzten.

Und die Jahrhunderte entschwanden. Aus den blühenden Feldern und Wiesen strömte die Fruchtbarkeit der mütterlichen Erde über die Schwellen zu den Auserwählten unter den Kindern der Menschheit hinein, häufte sich in Scheunen und Ställen an, füllte die Klosterkeller und die Vorratskammern der Schloßer mit kräftigen Fleischspeisen und honigsüßem Bier, um sich schließlich hinter den Mönchskütten und den blanken Garnissen der Ritter in Speck und dickes Blut unzufügen. Und siehe da, als der fromme Klosterbruder Speck auf den Rippen bekommen hatte, ward er von fleischlichen Ansehungen gepackt. Er fühlte das Bedürfnis, sich zu verheiraten, er empfand es schließlich geradezu als Christenpflicht, Familienvater zu werden und ohne alle Schwärmerei die Güter des Lebens mit den andern Adamsöhnen zu teilen. Die Kirche vermischte ihr Blut mit der bürgerlichen Gemeinde. Aus der großen Wikingertracht mit den Sandalen und dem harten Hanfstrick schlüpfte wie aus einer Puppe der erste Pastor Sidenius heraus mit dem brausenden Tollentragen und der großen Kinderschar. Um dieselbe Zeit fügte sich auch der Gutsherr mehr der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Mit seinem ererbten Wohlstand, den freundlichen Gesetzen beschützten, fühlte er sich immer weniger zu Abenteuern und dem unbehaglichen Kriegerleben hingezogen. Der Sproß der Wikinger war Viehhändler und stolzer Landjunker mit Sammethofen und einem wallenden Federbusch auf dem Hut geworden. Groß und fleischlich schwer, trotzend von unverbauter Kraft, ritt er daher auf seinem kurzenden Roß, ein Bild der Segnungen des heimischen Ackerbodens.

Da waren Männer, wie Herr Lave Eskesen Prof., der mit halb Jütland in Streit und Prozeß lag, oder wie jener Ritter Oluf Pederlen Ohlstenstjerne, den seine eigenen Schwestern, Frau Uebe und Jungfer Lene, schließlich beim Viborger Landeshöfing verklagten, „wegen des großen Nachteils und Unrechts, das er ihnen zufügte, indem er sie und ihre Leute mit Waffen und gezogenem Schwerte schlug und jagte, und ihre Häuser vernichtete und ihre Güter gewaltiglich von ihnen wegnahm.“ — Männer, in denen sich der Latendrang des Seeräubers und die frische Eigenmächtigkeit als viehischer Hochmut und Verfolgungssucht imgehegt hatten. Oder da waren Individuen wie Jörgen Anselb, bei dem die ehemalige Wildheit als blutig religiöser Fanatismus zum Ausbruch kam, — ein Wollüstling des Glaubens, der geheime Schallrohre aus den Gefängnistüren nach seinen Zimmern im Schloß hinaufführen ließ, damit sich seine Seele ergöhen könne an dem Zammergeschrei der Hexen und des andern Teufelspads, das er in dem teuren Namen des lieben Herrn Jesu Christi unten in den grabesfinstern, morastigen Höhlen zu Tode foltern ließ.

(Fortsetzung folgt.)

ausser den Gründerprospekten, nur Vertrauen einflößen zu können. Die preussische Kolonisationsmethode hatte zu einem Ausrottungskriege der verzweifeltsten Eingeborenen geführt, der dem Lande nur Unruhe und Verluste an Menschen und Geld brachte, aber zahlreichen Vieferanten und Händlern, Großkapitalisten hier und Krämer dort, dieses Geld in die Taschen brachte, und sich deshalb immer länger hinstreckte. Und um die Truppen zur Fortführung dieses Krieges zu bekommen, der durch die inzwischen bekannt gewordene Unterwerfung der feindlichen Hauptmacht eigentlich beendet war, wurde der Reichstag aufgelöst! Wenn man das betrachtet, dann muß es als heller Wahnsinn erscheinen, ja muß das deutsche Bürgertum geradezu verriickt erscheinen, daß es sich für diese Kolonialpolitik massenhaft zur Wahlurne treiben ließ, „zur Verteidigung der nationalen Ehre“.

Aber unter dem Kapitalismus wird ja bekanntlich Vernunft zu Unvernunft und ist Wahnsinn die größte Vernunft. Alle diese äusseren Erscheinungen können nicht den Umstand verdecken, daß der heutige Kapitalismus zur Kolonialpolitik gezwungen ist. Nicht in dem Sinne, daß abstrakt betrachtet, nicht eine andre vernünftige Wirtschaftsweise möglich erscheint: Erhöhung der Konsumfähigkeit der eignen Industrie durch Arbeiterlohn, Aufhebung der Zölle und verbesserte Arbeitsmethoden, freundschaftliche Beziehungen zu England und Amerika, mit denen der Güteraustausch am bedeutendsten ist. Aber wir wissen, daß die Kapitalistenklasse diesen Weg nicht gehen will, weil er die Arbeiterklasse mit ihrer Hilfe stärken würde. Ihre Profitgier und ihre Furcht vor dem Sozialismus treibt sie auf den Weg der Zölle, der Westpolitik, der Kolonialpolitik, des Imperialismus.

Die Ueberproduktion an Waren drängt dazu, sie in Kolonien unterzubringen, da die übrigen Länder sich gegeneinander durch Zollschranken abschließen. In der Gegenwart sind das hauptsächlich Produktionsmittel, Erzeugnisse der Metallindustrie, die man exportiert. Würde sonst der Ueberfluß in eine Krise zusammenbrechen, so sichert ihre Ausfuhr nach den Kolonien ein längeres Andauern der Prosperität. Zwar ist dies nur ein Aufschub des Zusammenbruchs, da bald mehr Produktionsmittel da sind, als gewinnbringend verwendet werden können, aber das ist eine spätere Sorge; der Kapitalismus arbeitet immer nur auf den morgigen Tag hinaus, und was dann wird, soll sich dann wohl etwas finden. Die Kolonien sind, wie Parvus in seiner wertvollen Schrift: Die Reichstagswahlen und die Arbeiterklasse, mit Recht ausführt, nicht dazu da, um aus ihnen Geld zu ziehen, sondern um in ihnen Geld unterzubringen. Die Kolonien bieten, indem sie den Ueberfluß absorbieren, den Kapitalisten Gelegenheit, den Ueberfluß, in dem sie sonst stecken würden, mit schönem Profit abzugeben, und ihn als neues Kapital anzulegen, und deshalb entsprach die Kolonialpolitik der Regierung dem inneren Herzenswunsch der deutschen Bourgeoisie.

Diese Notwendigkeit der imperialistischen Kolonialpolitik für den jetzigen Kapitalismus muß man im Auge behalten, wenn man verstehen will, weshalb diese Wahllohnung die Bourgeoisie zur Antretung aller ihrer Kräfte bringen konnte. Es galt eben eine Prinzipienfrage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und solche Fragen pflegen in der Regel nicht nur die unmittelbaren Interessenten, die Großkapitalisten, sondern das ganze Bürgertum auf die Beine zu bringen. Wir haben die Kolonialpolitik behandelt, als was sie bis jetzt war, blödsinnige bürokratische Laune, statt als was sie jetzt wird, widerständiger, aber echt kapitalistischer blutiger Ernst. Die imperialistische Weltpolitik wird jetzt für Deutschland recht anfangen; Eisenbahnen werden gebaut, massenhafte Produktionsmittel als Kapital in die Kolonien gesteckt werden. Michel wird, in Gestalt von Subventionen, Zinsgarantien und Militärkosten zahlen und den beteiligten Kapitalisten zu riesigen Profiten verhelfen. Die äußere Technik des Dernburgschen Kolonialprogramms mit einem Gründungsprospekt ist daher kein Zufall, sondern entspricht dem inneren Wesen. Beide sind, unter dem Scheine anständiger Unternehmungen, hier zur „Ansiedlung“, dort zur Produktion irgendeiner Ware, und unter Vorführung schwindelhafter Rechnungen, in Wirklichkeit nur Institute zur Ueberführung von Geld aus den kleinen Taschen in die großen. Dies widerspricht keiner einzigen kapitalistischen Tradition: eine solche Kolonialpolitik gehört so notwendig zum Kapitalismus, wie auch die Periode des Gründungs-schwindels zur normalen kapitalistischen Entwicklung gehörte.

Deshalb muß es höchst sonderbar klingen, wenn auf Grund dieser Notwendigkeit der Kolonialpolitik für den Kapitalismus Genosse Calver neulich unser Eintreten für die Kolonialpolitik befürwortete. Mit demselben Rechte könnte man fordern, daß wir für Flottenbau, für Militarismus und für Weltkriege eintreten sollen, denn diese gehören auch notwendig zum Kapitalismus. Diese Notwendigkeit besteht eben nur für die Kapitalisten selbst, und wir können sie verstehen, weil diese Herren den andern Weg, den wir wünschen, nicht gehen wollen. Mit Recht hat der Vorwärts nachgewiesen, daß für uns die Kolonialpolitik gar keine Notwendigkeit einschließt. Die Weltpolitik ist der einzige Ausweg für den Kapitalismus, um seinen Zusammenbruch, d. h. den Sozialismus durch immer neue Ausdehnung aufzuschieben. So sehr wir dies auch als einen notwendigen Trieb der Bourgeoisie begreifen, so wenig kann uns einfallen, uns für diese Politik, d. h. für die Fortdauer des Kapitalismus selbst und gegen den Sozialismus zu erklären. Wir verstehen, weshalb sie die ganze Bourgeoisie so stark auf die Beine brachte, aber wir werden ihr doch mit aller Kraft grundsätzlich entgegentreten. Denn hier gilt es den Gegenjag zwischen kapitalistischem Wahnsinn und sozialistischer Vernunft.

### Der Ueberschriften-Prozeß.

Zur selben Zeit, in der vor dem Schöffengericht der Prozeß Mehnung-Liman zum Austrag kam, wurde vor der 6. Strafkammer des Landgerichts gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genossen Alf. Herr, wegen angeblicher Beleidigung des bekannten Oberstaatsanwalts Böhm, des Amtsrichters Dr. Hänel und der Assesoren Dr. Range und Franke verhandelt.

Die Verhandlung leitete Landgerichtsdirektor Schmidt, als Vertreter der Anklage fungierte der aus dem Seger-Prozeß bereits bekannte Staatsanwalt Runge. Die Verteidigung lag in den Händen des Genossen Dr. Karl Liebknecht-Verlin. Die Staatsanwaltschaft hatte sich — ein bisher nie dagewesener Fall — zwei geübte Stenographen engagiert, die eifrig den Gang der Verhandlung aufnahmen.

Nach Feststellung der Personalien des Angeklagten kam der Eröffnungsbeschluss zur Verlesung, darin heißt es zunächst, daß der Angeklagte Herr den Oberstaatsanwalt Böhm, den Amtsrichter Dr. Hänel und die Assesoren Dr. Range und Franke dadurch beleidigt habe, daß er über den Bericht des Segerprozesses in der Leipziger Volkszeitung vom 22. Oktober die Ueberschrift gesetzt habe: Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank. Dadurch sei der Ansehen erweckt worden, daß nicht Seger, sondern die Leipziger Justiz angeschuldigt gewesen sei. Ferner soll der Oberstaatsanwalt Böhm durch die Ueberschrift des Artikels: Böhm und Liman in Nr. 246 der Leipziger Volkszeitung beleidigt worden sein. Er sei mit Liman auf eine Stufe gestellt worden, der in dem Artikel als ehrloser Mensch und „Meister der Injurie“ gekennzeichnet wurde. Ferner liege auch eine Beleidigung bei dem dem Artikel vorangesehenen Motto vor, das den Worten des damaligen Vorsitzenden entnommen sei. „Ich möchte betonen, daß nicht der Oberstaatsanwalt Böhm angeklagt ist, sondern Herr Seger.“ In dem Artikel selbst sei der Oberstaatsanwalt als eine moralisch minderwertige Person hingestellt worden, indem darin gesagt wurde, er habe „die Ehre der Redakteure der Leipziger Volkszeitung in schändlicher Weise angegriffen“. Der Artikel Böhm und Liman sei in Nr. 246, die Prozeßberichte mit der Ueberschrift Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank in den Nummern 246, 247 und 248 der Leipziger Volkszeitung erschienen, an den folgenden Tagen auch in der Volkszeitung für das Rudental. Herr habe für diese Artikel verantwortlich gezeichnet, deshalb sei von den angeblich Beleidigten Strafanzug gestellt worden.

Auf Befragen erklärt Herr: Durch die Ueberschrift sollte die ganze damalige Situation während des Prozesses ausgedrückt werden; nach meiner Auffassung ist der Gang jener Verhandlungen gegen Seger so gewesen, daß die Justiz schlechter abkam, als der Angeklagte. Eine Beleidigung sei damit nicht beabsichtigt gewesen. Durch die Ueberschrift Böhm und Liman in Nr. 246 der Leipziger Volkszeitung sollten die im Prozeß am meisten hervorgetretenen Personen genannt werden, die als schärfste Gegner der Leipziger Volkszeitung bekannt seien. Oberstaatsanwalt Böhm sei dadurch nicht mit Liman auf eine Stufe gestellt worden. Das sei auch in dem Artikel nicht ausgesprochen. Der Artikel Böhm und Liman wird verlesen. Rechtsanwalt Liebknecht beantragt, auch die Prozeßberichte mit der Ueberschrift Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank zu verlesen. Denn die Ueberschrift selbst sei ja nur eine Zusammenstellung dessen, was nachher folge. Man könne nicht die Ueberschrift unter Anklage stellen, ohne den Inhalt zu kennen.

Der Staatsanwalt beantragt Ablehnung des Antrags. Liebknecht: Jene Ueberschrift bezieht sich nicht auf das Urteil, das erst später erfolgt ist, sondern auf den Inhalt der Verhandlung. Es müßte eventuell der Stenograph Scheithauer vorgeladen werden, der bekunden würde, daß in dem Bericht nur die reine Wahrheit gesagt sei. Dabei würde man zu dem Ergebnis kommen, daß jene Ueberschrift nicht willkürlich gewählt sei, sondern, wenn es auch die Anklagebehörde vielleicht bestritte, eine innere Berechtigung habe.

Das Gericht jedoch ließ sich auf nichts ein. Der Antrag wurde abgelehnt. Und nur das Urteil gegen den Genossen Seger, in dem aber keine Silbe von den Ergebnissen der Beweisaufnahme enthalten ist, kommt zur Verlesung.

Liebknecht: Der Artikel Böhm und Liman beweist, daß die Verhandlung ergeben habe, wie oft Böhm unter dem Schutze seines Amtes die Redakteure der Leipziger Volkszeitung persönlich an ihrer Ehre angegriffen, und zwar in Ausdrücken, die in ihren früheren Formen denen gleichartig waren, die damals dem Angeklagten zur Last gelegt wurden. Dieser Vorwurf sei nicht nur Böhm, sondern auch den andern damals angeblich Beleidigten zu machen, vor allem dem Amtsrichter Dr. Hänel. Es sei bewiesen, daß der damalige Vorsitzende in der Tat die als Motto angeführten Worte gebraucht habe. Der Staatsanwalt habe Liman in jener Verhandlung als eine in jeder Beziehung tüchtige Persönlichkeit hingestellt. In dem erwähnten Artikel wurde gesagt, dem Verteidiger und dem Angeklagten sei der Nachweis abgefragt worden, daß Böhm schon vor dem 9. Februar 1906 seit langen Jahren im Schutze seiner amtlichen Funktion sozialdemokratisch gesinnte Staatsbürger in ärgster Weise beschimpfte. Er stelle den Antrag, die Rechtsanwältin Dr. Hübler und Dr. Druker, sowie den Abgeordneten Stadthagen als weitere Zeugen vorgeladen.

Staatsanwalt Runge: Die in dem erwähnten Motto angeführten Worte des damaligen Vorsitzenden sind nicht bestritten worden. Für die Staatsanwaltschaft bestesse kein Zweifel darüber, daß Liman eine durchaus ehrenwerte Persönlichkeit sei. Das sei heute noch ihr Standpunkt. Böhm sei jedoch in dem tendenziös gefärbten Artikel in bezug auf Liman als minderwertige Person hingestellt worden. Der stenographische Prozeßbericht sei lüdenhaft, wie dies ja auch nicht anders sein könne, da ein Stenograph nur 10 Minuten lang zu schreiben imstande sei. Diese Lüdenhaftigkeit gehe auch aus den „Berichtigungen“ hervor, die nach den Berichten von Böhm an die Volkszeitung gesandt worden seien.\* Er bitte daher, die von der Verteidigung gestellten Beweisanträge abzulehnen.

Rechtsanwalt Liebknecht bittet darauf noch um Vorladung des Vorsitzenden im Seger-Prozesse, des Landgerichtsrats Adam. Er könnte mit dem Stenographen Scheithauer bezeugen, daß die in dem Bericht wiedergegebenen Äußerungen tatsächlich erfolgt seien.

Der Gerichtshof lehnte die Beweisanträge der Verteidigung ab.

Da Zeugen nicht geladen sind, so erfolgte Schluss der Beweisaufnahme. Zu seinem Plaidoyer er nimmt Staatsanwalt Runge das Wort und führt folgendes aus:

Der heutige Prozeß steht im engsten Zusammenhang mit der Verhandlung vom 22. Oktober gegen den Redakteur Seger von der Leipziger Volkszeitung. Da der Vorsitzende bereits am Eingang der heutigen Verhandlung die damaligen Vorgänge darzulegen hat, so kann ich es unterlassen, auf sie noch einmal ausführlich einzugehen. Nur eine kurze Rekapitulation will ich mir noch gestatten. Dem Oberstaatsanwalt Böhm war damals vorgeworfen worden, er habe den Redakteuren der Volkszeitung den schmachvollen Vorwurf der Feigheit gemacht, während von dem Assessor Dr. Range gesagt wurde, er habe sich nichtsnutzige und haltlose Beschimpfungen der Redakteure zuschulden kommen lassen. Auch über andre Justizbeamte, Dr. Hänel und Assessor Franke, sind ähnliche beleidigende Äußerungen in der Volkszeitung erschienen. Alle diese Verdächtigungen haben sich in der Verhandlung vom 22. Oktober als vollkommen haltlos erwiesen. Unter den Justizbeamten herrschte damals die Meinung, daß nunmehr die Leipziger Volkszeitung mit ihren Angriffen auf die Gerichtsbehörden aufhören würde. Unser stille Hoffnung wurde aber zu Wasser. Schon am nächsten Tage erschien der Artikel Böhm und Liman und der Prozeßbericht mit der Ueberschrift Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank. Nun ist wiederum Strafanzug gegen einen ver-

\* Die sogenannte „Berichtigung“ des Herrn Böhm wurde bekanntlich sofort von uns als total unrichtig nachgewiesen. Red. d. V. B.

antwortlichen Redakteur der Volkszeitung gestellt worden. Daß heute Herr behauptet, er sei der Meinung gewesen, die Leipziger Justiz habe eben schlechter als der damalige Angeklagte abgekommen, so muß man sich ja wohl damit abfinden. Man muß sich aber fragen, wie das im Einklang mit der beabsichtigten Wirkung steht. Wenn man eine Zeitung in die Hand nimmt, so findet man überall Artikel mit einem Stichworte als Ueberschrift, wodurch jeder gleich finden kann, was ihn interessiert. Diese Methode wird auch reichlich in der Leipziger Volkszeitung angewandt, und wenn sich Leser der Volkszeitung oder andre Personen dafür interessieren, wie die Leipziger Volkszeitung mit der Justiz umspringt, so kommen sie sogleich, durch irgendeine Stichmarke aufmerksam gemacht, wie Unjustiz, Klassenjustiz usw., auf ihre Rechnung. In diesem Sinne muß also der Artikel mit der Ueberschrift Die Leipziger Justiz auf der Anklagebank verstanden werden. Herr wollte zum Ausdruck bringen, daß die aussagenden Justizbeamten eigentlich die Angeklagten gewesen seien. In Nr. 246 ist schon von „angeblicher Beleidigung im Tageskalender die Rede, in dem Artikel: Böhm und Liman heißt es wieder „angebliche“ Beleidigung. In formloser Weise kann diese Tendenz wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden, als durch die einleitenden Worte jenes Prozeßberichts: „Die Verhöhnungskampagne“ der Leipziger Volkszeitung hat begonnen.“ Immer und immer wieder hat der Angeklagte über den Prozeß vom 22. Oktober von angeblicher Beleidigung gesprochen, obwohl feststand, daß alle Behauptungen der Leipziger Volkszeitung sich als falsch erwiesen haben. Alles das kommt wiederum in der Ueberschrift zum Ausdruck, so daß also unbedingt eine Beleidigung vorliegt.

Was den Artikel Böhm und Liman und die darin gefundene beleidigende Zusammenstellung angeht, so ist die Staatsanwaltschaft der Meinung, daß Liman an sich eine hervorragend begabte und an sich ehrenwerte Persönlichkeit ist. Der Verteidiger hat zwar an eine ähnliche Äußerung der Staatsanwaltschaft allerlei Kommentare geknüpft; diese werden aber hinfällig, wenn man die Anklageschrift liest. Danach ist die Beleidigung darin zu erblicken, daß der Oberstaatsanwalt Böhm nicht mit dem „an sich ehrenwerten“ Liman, sondern mit dem in jenem Artikel so bezeichneten gewerbmäßigen Verleumder Liman verglichen wurde. Dieser Artikel ist Böhm und Liman überschrieben, und es besteht kein Zweifel darüber, daß darin Böhm mit diesem Liman auf eine Stufe gestellt werden sollte. Es ist ja bekannt, daß die Leipziger Volkszeitung der bestfeste Gegner der neuesten Nachrichten ist. Liman hat allerdings die Volkszeitung wieder angegriffen, aber nur deshalb, weil auch er angegriffen worden ist. Bei jeder Gelegenheit wird Dr. Liman herabgesetzt, auch in dem betr. Artikel, wo er als „Meister der Injurie“ usw. bezeichnet wurde. Mit diesem Liman ist der Oberstaatsanwalt verglichen worden und darin liegt die schwere Beleidigung. Die Worte des damaligen Vorsitzenden, die die Volkszeitung als Motto für den Artikel verwandt hat, sind allerdings gefallen. Die Volkszeitung aber unterdrückte dabei vollständig den Zusammenhang und die näheren Umstände. Als der Rechtsanwalt Dr. Hübler Vorwürfe gegen einige Zeugen richtete, sah sich dadurch der Vorsitzende zu jenen Worten veranlaßt. Sie waren nur in ironischer Weise gemeint.

Der Angeklagte Herr hat Dr. Liman und Oberstaatsanwalt Böhm als die ärgsten Feinde der Leipziger Volkszeitung bezeichnet. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß Böhm durch die Worte in dem Artikel: A tout seigneur, tout honneur — jedem Herrn die Ehre, die ihm gebührt — lächerlich gemacht werden sollte. Er ist auf gleiche Stufe mit Liman als gewerbmäßiger Verleumder gestellt worden, ferner als eine Persönlichkeit, die die nötige Objektivität in ihrem Amte vermissen läßt. In dem Artikel wird gesagt, daß Böhm genau solch gewerbmäßiger Verleumder sei wie Liman. Mit diesen Worten wird in dem einen Abschnitt des Artikels zum Ausdruck gebracht, daß der Oberstaatsanwalt seine Gegner in kräftiger Weise beschimpfte und schmähte. Besonders der folgende Satz ist kränkend und ehrverletzend: „da haben wir schließlich jenen bürren Fanatismus vor uns, womit nicht die Dambach und Tschopp Hunderte von unschuldigen Menschen ins Gefängnis brachten, um dann selbst freilich nicht im Gefängnis zu enden, sondern ganz wo anders.“ In Verbindung mit dem vorangehenden Satz, in dem ausgesprochen wird, daß Böhm ein gewerbmäßiger Verleumder sei, ergibt das keinen andern Sinn, als daß Böhm unschuldigen Menschen in den Kerker bringe und sich so der schwersten Verbrechen schuldig mache. Und dieser Satz ist gar nicht anders zu verstehen, als daß der Oberstaatsanwalt nicht einmal wert sei, im Gefängnis zu sterben. Böhm ist in dem Artikel vorgeworfen worden, daß er Beleidigungsprozesse gegen die Sozialdemokratie wohl übernehme, niemals aber umgekehrt verfare. Und dann wird gesagt: „Böhm hatte darauf nichts zu erwidern“. Damit wurde den Lesern der Leipziger Volkszeitung eine falsche Tatsache unterbreitet. Denn Böhm hat in dem Prozeß erklärt, daß alle Beschwerden des Dr. Hübler gegen ihn zurückgewiesen worden seien. Es kann keine Rede davon sein, daß der Oberstaatsanwalt nicht objektiv seines Amtes gewaltet habe. Trotzdem wird Böhm in dem Artikel als gewerbmäßiger Verleumder mit Liman verglichen und damit selbst so bezeichnet.

Was die Strafzumessung angeht, so muß erinnert werden, daß die Leipziger Volkszeitung wiederholt die Leipziger Justiz in heftigster Weise angegriffen hat. Auch in den genannten Ueberschriften zeigt sich wieder die Tendenz, jene Behörden vor dem Leserkreise der Leipziger Volkszeitung herabzusetzen. Für diese Tendenz ist der Angeklagte nicht verantwortlich, dafür kann er nicht in Anspruch genommen werden. Aber die Beleidigungen sind so schwer, daß auf eine empfindliche Strafe erkannt werden muß. Der Angeklagte ist noch nicht vorbestraft; er ist erst kurze Zeit Redakteur der Volkszeitung. Uebrigens scheint jetzt bei diesem Blatte eine ganz neue Verpflichtung zu herrschen. Im Gegensatz zu früher zeichnen jetzt die Redakteure nur ganz kurze Zeit. Jetzt ist schon wieder ein neuer Redakteur als Verantwortlicher bezeichnet! Ich stelle den Antrag, nicht auf eine Geldstrafe zu erkennen, sondern den Angeklagten eine Gefängnisstrafe aufzuerlegen. Dazu möchte ich zwei Sätze aus der Nummer der Leipziger Volkszeitung vom 13. September 1906 zur Verlesung bringen. Es heißt darin: „Ich würde nicht, was mir gleichgültiger wäre, als eine Gefängnisstrafe!“

Hier unterbricht der Vorsitzende den Staatsanwalt und er sucht ihn, zur Sache nicht gehörige Dinge nicht vorzulesen.

Der Staatsanwalt Runge schließt sein Plaidoyer mit den Worten: „In obiger Äußerung der Frau Luxemburg hat die Leipziger Volkszeitung damals geschrieben: „Wir pfeifen auf eure Justiz, auf die Justiz der herrschenden Klassen!“ Nun, wenn der Angeklagte auf eine Verhaftung pfeift, so möge über ihn keine Geldstrafe verhängt werden, die doch aus dem Partei-säckel bezahlt werden würde. Soll er eine Strafe am eigenen Leibe verspüren, so kann das nur eine Freiheitsstrafe sein!“

Das Wort nimmt darauf der Verteidiger, Genosse Dr. Liebknecht: Um zwei verschiedene Artikel handelt es sich bei

\* Diese Staatsanwaltschaft ist uns total unverständlich. Offenlich reichen die Kenntnisse des Herrn Staatsanwalts Runge soweit, daß er weiß, daß Dambach und Tschopp in Zrenhausen gestorben sind. Red. d. V. B.  
\*\* Selbstverständlich handelt es sich hier um eine Phantasie des Herrn Runge. Genosse Herr hat ein halbes Jahr die Leipziger Volkszeitung gezeichnet. Red. d. V. B.